

»Was schert uns das undankbare, gemeine Volk?«



14.7.2020: Bundeskanzlerin *Dr. Angela Merkel* (links) und Ministerpräsident *Dr. Markus Söder* (rechts) bei der Kabinettssitzung in der Spiegelgalerie des Neuen Schlosses Herrenchiemsee.

**»Wenn sie kein Brot haben,
sollen sie doch Kuchen
essen!«**

Beim Anblick dieser Prunksitzung muß man unwillkürlich an diese Worte der französischen Königin *Marie Antoinette* (1755–1793) denken, die diese über das darbende Volk gesagt haben soll. Siehe dazu Seite 2.

Das offene Wort

Wer gehört auf die Müllhalde?

In der linken *taz*, die *tageszeitung*, die in Antifa-Kreisen zu den sogenannten »Leitmedien« zählt, forderte die Schreiberin *Hengameh Yaghoobifarah* am 15.6.2020 (das ist die gleiche Schreiberin, die 2017 in der gleichen Zeitung die deutsche Kultur als »Dreckskultur von Kartoffeln« bezeichnete) die Entsorgung aller Sicherheitskräfte des Staates auf der Müllhalde:

»Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.«

Bettina Röhl, die Tochter von *Ulrike Meinhof*, stellte zur staatlichen Förderung des Linksextremismus in der BRD in der *NZZ* dazu die richtige Frage:

»Man darf die Frage stellen, ob die Antifa so etwas ist wie eine verbeamtete RAF, eine Terrorgruppe mit Geld vom Staat unter dem Deckmantel "Kampf gegen rechts".«

Wenn ich sehe, daß auf einer Demo in Frankfurt die Polizei pauschal mit »Nazi« gleichgesetzt wird (siehe Seite 3) und die von Steuergeldern mitfinanzierte GRÜNE JUGEND den Analsex als Rezept für den gewünschten Volkstod empfiehlt (Seite 10), frage ich mich, wer da alles auf die Müllhalde gehört.

Ihre Sabine Möller

Abgehobene »Volksvertreter«

Kann ein Bild typischer für die Abgehobenheit deutscher Politiker stehen, als Merkel und Söder im Spiegelsaal von Schloß Herrenchiemsee, umgeben von ihren Hofschranzen?

Der Ministerpräsident von Bayern, *Markus Söder*, hatte zu einer Kabinettsitzung am 14.7.2020 auf Schloß Herrenchiemsee geladen – Ehrengast: Kanzlerin *Angela Merkel*. Sinnigerweise wird die Insel Herrenchiemsee, auf der das Schloß liegt, auch »Märcheninsel« genannt.

Während wir alle unter den Corona-Folgen leiden, schwelgen diese Volksvertreter in einer Prachtentfaltung, die an die Gelege des Sonnenkönigs erinnert.

Auch wenn das Zitat »Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen« der französischen Königin *Marie Antoinette* nur zugeschrieben wird, macht es doch die Kluft zwischen dem Volk und den Herrschenden überdeutlich.

Inwieweit *Angela Merkel* bei ihrem Treffen mit *Markus Söder* diesem zugerant hat »Wenn die Rente nicht reicht, dann sollen sie doch Flaschen sammeln!«, ist nicht überliefert, aber vorstellbar. Viel wichtiger ist die Botschaft, die von diesem Bild ausgeht.

Welche Geringschätzung gegenüber dem Bürger muß dazu gehören, um in Zeiten, in denen die deutsche Wirtschaft darniederliegt, Millionen um ihren Arbeitsplatz bangen und zehntausende Firmen in diesem Jahr in die Insolvenz stürzen werden, ein Treffen in diesem Rahmen abzuhalten?

Zugegeben, der Gast, *Angela Merkel*, gleicht immer mehr dem Gehabe des Sonnenkönigs *Ludwig XIV.*, aber muß man dem verdummten Wähler auch noch wortwörtlich vor Augen führen,

wo sein Platz in dieser Demokratie ist?

Es paßt zu den Entscheidungen der letzten Jahre, die uns *Merkel* und ihre Blockparteien CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP/LINKE beschert haben – nur hat das »undankbare Volk« diese Segnungen noch nicht erkannt:

Gegen den Willen der Mehrheit wurde uns eine Energiewende aufgezwungen, deren Kosten in die Billionen gehen.

Die bewußt bis heute offen gehaltenen Grenzen haben Deutschland eine Einwanderungswelle beschert, deren Folgen täglich in unseren Städten und Straßen zu sehen sind.

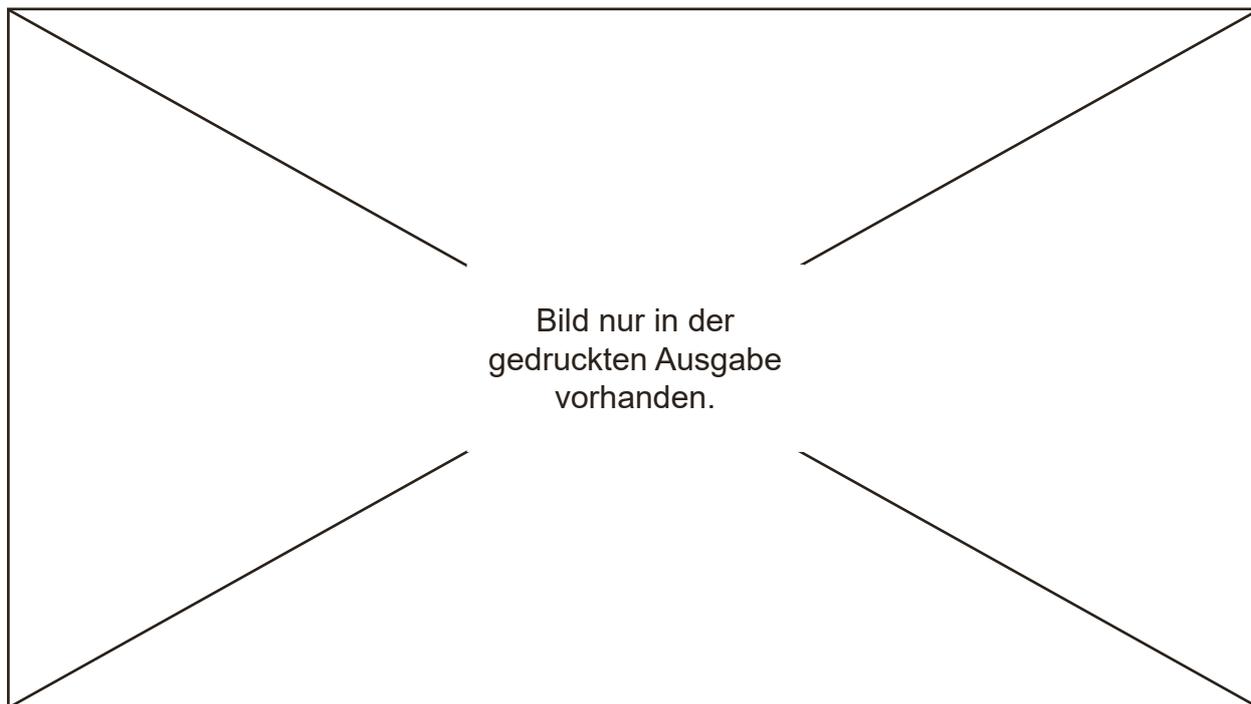
Der angeblich »menschgemachte Klimawandel« wird zum Anlaß genommen, unsere Industrie abzuwickeln, um so unser Land auf ein Dritte-Welt-Niveau zu bringen. Die »Corona-Krise« soll nun die »Große Transformation« der Gesellschaft beschleunigen und den täglichen Demokratieabbau unumkehrbar machen.

Kritiker dieser verhängnisvollen Politik werden als Klima- oder Coronaleugner, Rassisten, Nazis, Rechtsextreme, Populisten, Verschwörungstheoretiker oder einfach als Pöbel abgetan, mit denen man sich nicht abgibt – ganz nach Feudalherrenart.

ZUM NACHDENKEN:

**Die DDR ging unter, weil das Volk aufstand.
Die BRD geht unter, weil das Volk schläft!**

»Anti«-Rassismus als Kulturkampf



Das Ziel: Die »Große Transformation«

Das Foto, aufgenommen bei einer Demo in Frankfurt, sagt alles.

Wenn sich Polizisten vor Demonstranten niederknien oder Formel-1-Piloten vor dem Start, wenn in übergroßen Lettern auf den Straßen Amerikas in leuchtendgelber Farbe »Black Lives Matter« geschrieben steht, wenn »All Lives Matter« bereits als rassistisch gilt, wenn gefordert wird, Denkmäler deutscher Geistesgrößen niederzureißen, dann ist der Untergang des Abendlandes, so wie wir es kennen, nicht mehr fern.

In einer beispiellosen PR-Aktion ist es den Marxisten weltweit gelungen, den Tod eines kriminellen Schwarzen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Während Millionen von schwerpunktmäßig jungen Leuten den Schalmeienklängen der roten Verführer folgen und glauben, den Strippenziehern dieses gigantischen Betrug es um Menschlichkeit, spielt sich im Hintergrund die lange geplante »Große Transformation« ab.

Dazu müssen die staatstragenden Institutionen, wie Justiz, Polizei, Militär und jegliche Autorität, untergraben, lächerlich gemacht, oder noch besser, direkt abgeschafft werden – und genau dies geschieht momentan in den westlichen Demokratien.

Gewalt gegen Menschen und Sachen wird der höheren Idee wil-

len verniedlicht oder ganz totgeschwiegen.

Deutschland nimmt dabei wieder einmal eine Sonderstellung ein. Während z.B. *Trump* das Kind beim Namen nennt, hüllt sich *Merkel* und ihre Regierung in Schweigen über den Terror, der auf unseren Straßen tobt. Ob es »Antirassismus«-Demos sind, »Partys mit Event-Charakter« oder die offensichtlichen Gewaltorgien der Antifa, für alles gibt es von Seiten der Politik und der Medien eine Erklärung oder eine Entschuldigung.

Einem Tornado gleich fegt ein kulturvernichtender Sturm über diese Republik, der vor keiner Mohren-Apotheke oder -Straße, vor keinem Denkmal, vor keiner Tradition oder vor gewachsenen Lebensweisen haltmacht.

Im Schlepptau der »Anti«-Rassismus-Kampagne segeln der Genderismus, die Schwulen- und Lesben-Organisationen und nicht zuletzt die diversen Zentralräte.

Die Gelegenheit zum Großreinemachen ist günstig wie nie und mit dem feinen Gespür für Mög-

Prophetische Worte?

»Die Neger dieses Landes werden möglicherweise nie an die Macht kommen, aber sie haben Einfluß genug, das Chaos hereinbrechen und den Schlußvorhang über den amerikanischen Traum fallen zu lassen.«

Der schwarze Schriftsteller *James Baldwin* in seinem Buch »100 Jahre Freiheit ohne Gleichberechtigung« (1964)

»Ein neuer, weit linker Faschismus«

US-Präsident *Donald Trump* in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten (4. Juli) über die »Anti-Rassismus«-Bewegung in den USA (Auszug):

»Eine ihrer politischen Waffen ist es, die Kultur zu streichen, Menschen von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben, Andersdenkende zu beschämen und von jedem, der anderer Meinung ist, völlige Unterwerfung zu verlangen.

Das ist genau die Definition des Totalitarismus, er ist unserer Kultur und unseren Werten völlig fremd und hat in den Vereinigten Staaten von Amerika absolut keinen Platz.

Dieser Angriff auf unsere Freiheit, unsere großartige Freiheit, muß gestoppt werden, und er wird sehr schnell gestoppt werden. Wir werden diese gefährliche Bewegung entlarven, die Kinder unserer Nation vor diesem radikalen Angriff schützen und unsere geliebte amerikanische Lebensweise bewahren.

In unseren Schulen, unseren Zeitungsredaktionen und sogar in den Vorstandsetagen unserer Unternehmen gibt es einen neuen, weit linken Faschismus, der absolute Loyalität fordert. Wenn Sie seine Sprache nicht sprechen, seine Rituale nicht ausführen, seine Mantras nicht rezitieren und seine Gebote nicht befolgen, dann werden Sie zensiert, verbannt, auf die schwarze Liste gesetzt, verfolgt und bestraft. Das wird uns nicht passieren.«

HEUTE SIND WIR TOLERANT – MORGEN FREMD IM EIGNEN LAND!

Motiv als Aufkleber bestellbar

liches wird jetzt ausgelotet, wie weit der Bürger bereit ist, seine Schmerzgrenze zu verschieben. Was kann man ihm zumuten, bevor er anfängt zu quieken? Wir befürchten eine Menge.

Die Inquisition feiert Auferstehung

Mit der Rassismus-Keule wird alles erschlagen, was seit jeher unsere Kultur prägt.

Die Vorsitzende des Integrationsrates einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen, die gebürtige Türkin *Nagihan Erdas*, erklärte z.B. in der WAZ vom 18.6.2020 unwidersprochen:

»Es muß uns bewußt werden, daß Rassismus sich nicht nur gegen die Hautfarbe richtet, sondern vielmehr gegen alles Andersartige wie Herkunft, Hautfarbe, Religion, Sprache oder sexuelle Orientierung.«

So ist selbst der heilige Mauritius nicht mehr vor seiner Liquidierung sicher. In Stuttgart-Möhringen, das früher einmal Möhringen hieß, stören sich die Kulturzerstörer am Stadtwappen. Das erinnert mit einem schwarzen Mohrenkopf an den Heiligen.

In Coburg stört man sich an den Gullideckeln, die mit dem Stadtwappen verziert sind – dem heiligen Mauritius als Patron der Hauptkirche und der Stadt.

Als Stadtwappen mußte er dort schon einmal weichen: Von 1934 bis 1945 wurde er durch einen SA-Dolch ersetzt.

Ob Mohrenstraßen, Bismarckstraßen, Hindenburg- oder Wilhelmstraßen, alles gehört auf Forderung der Inquisitoren in den Reißwolf.

Wie lange schauen die Wähler der »bürgerlichen« Parteien noch zu, wie die gewachsene Kultur unseres Volkes und die staatliche Ordnung in diesem Land ausgehöhlt werden?

Unter der Überschrift »Freiheit und Gleichheit« segeln Rote, Grüne, Migrantenvverbände, Kirchen, Massenmedien und die gewählte Regierung im Gleichklang. Das Ergebnis ist die Einschränkung unserer Freiheit; mit der »Gleichheit« wird man genauso grandios scheitern, wie die Marxisten weltweit schon seit 150 Jahren.

Der »Anti-Rassismus«-Werbezug ist die größte Menschenverdummungs-Kampagne der Neuzeit.

Wenn auf deutschen Straßen straflos skandiert werden kann »Polizei = Nazi«, kann man ahnen, was uns droht.

Wo bleibt da der einst hochgepriesene »Aufstand der Anständigen«?

WIDERSTAND TUT NOT!



Foto: Bighussiarin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Krawalle_in_Stuttgart_Imenstadt_-_07.jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode

»Party-Land« wird abgebrannt

Ein bunter »Event-Strauß« aus aller Herren Länder tobt durch Deutschlands Städte. Stuttgart und Frankfurt sind der Anfang – man läuft sich erst warm für die wirklich großen »Events«, die uns bei steigender Arbeitslosigkeit und geringeren Sozialleistungen bevorstehen.

Aber wir sind ja lernfähig! Während wir zu Anfang noch glaubten, eine marodierende Bande jugendlicher Gewalttäter wäre durch Stuttgart und Frankfurt gezogen, wissen wir jetzt durch Politik und Medien, daß es hier die übliche »Party-Szene« war, die ein »Event« gefeiert hat.

Das Tollste daran ist, es war ein »bunter Strauß« an Nationalitäten. In Deutschland Polizisten zu verprügeln ist ungefährlicher und macht auch viel mehr Spaß als im Heimatland – dort könnte es

nämlich etwas »auf die Fresse« (frei nach *Nahles*) geben.

Von den festgenommenen Randalierern – in den Systemmedien wurden betrunkene, junge Leute daraus – haben einige einen deutschen Paß (was immer das heißen mag) und der Rest hat die kroatische, portugiesische, irakische, lettische ... und ... und ... Staatsbürgerschaft.

Wie man sieht, nur ein kleiner Ausschnitt aus der bunten Vielfalt in dieser Republik.

Über die Kreativität, mit der Begriffe umgedeutet werden, kann man sich nur wundern. Was gestern noch die »Migrantifa« war heißt jetzt »Party-Szene«.

Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus, wenn man sieht, mit welcher Sprachakrobatik Politiker und Medien die Terror-Nächte in Stuttgart und

Treffender kann man es kaum formulieren:

»Hier treffen kampfbereite junge Nomaden aus Milieus, in denen blutige Gewalt alltäglich ist, auf im Wohlstand erschlafte Edelmenschen, deren ganze Sorge ihrer Bio-Kost, dem Ferienhaus in der Toscana und Krötenschutz zonen galt.«

Chaim Noll auf »Die Achse des Guten. Achgut.com« über die Stuttgarter »Krawallnacht«

DIE ZERSTÖRUNG NIMMT FAHRT AUF

Schuld ist nur die Polizei

Es dauerte keine Woche, bis die linke Front endlich einen Anlaß gefunden hatte, um von den kriminellen Taten in der Stuttgarter Terror-Nacht abzulenken:

Die Stuttgarter Polizei ist doch rassistisch!

Beweis: Es existiert eine Tonaufnahme aus der Stuttgarter »Krawallnacht«, auf der ein Polizist die Randalierer als »Kanakan« bezeichnet (laut *Wikipedia* findet dieser Begriff »sowohl als Schimpfwort als auch mittlerweile als einfacher, salopper Alltagsbegriff sowie Selbstbezeichnung Gebrauch«).

Völlig geschockt von der ungehemmten Gewalt beschreibt der Polizist die Ereignisse: »Die Kollegen sind massiv mit Steinen, Flaschen beworfen worden. Hier ist Land unter. Das sind Krawalle fast wie in Amerika. [...] Leute, bleibt bloß daheim.«

Er wundere sich, daß noch kein Kollege tot sei. »Das ist Krieg. Wir befinden uns heute Nacht im Krieg. Ich übertreibe nicht. [...] Ich bin schon lang genug bei der Polizei, aber das macht mich wirklich fassungslos. Da kommt noch was auf uns zu.« Wie er glaubt, ist dies »erst der Auftakt von dem, was man geholt hat«.

Und dann sagt er an einer anderen Stelle, da »nur Kanaken« an den Krawallen beteiligt seien.

Das sieht verdammt nach Ärger aus – vor allem, weil sein oberster Chef von einer »Party- und Event-Szene« sprach. Triumphierend vermeldete die System-Presse: »Übeltäter ist bekannt und sieht einem Disziplinarverfahren entgegen«.

Frankfurt umlügen. Angefangen von den Kommunisten, die das Verhalten der Polizei untersuchen wollen, um aufzuklären, von welcher Seite die Gewalt ausging über die »Salonbolschewisten«, die Corona und den »verständlichen Frust der jungen Leute« für die Gewaltausbrüche verantwortlich machen bis hin zu den »Bürgerlichen« und der Polizeiführung, die von einer »Party-Szene« sprechen und keine politischen oder ideologischen Hintergründe erkennen können bzw. wollen.

Bei Rot/Grün ist es überflüssig zu hinterfragen, welche Motive sie leiten, um solchen gequirkten Unsinn zu verbreiten. Ihnen geht es darum, mit Hilfe von Migranten und der Antifa unsere systemrelevanten Institutionen, wie die Polizei oder die Justiz, sofern diese nicht schon in den rotgrünen Händen sind, zu zerstören.

Völlig unverständlich bleiben die Kommentare und Stellungnahmen »bürgerlicher« Medien und Politiker, die an Feigheit, Dummheit, Ignoranz und Dekadenz kaum noch zu überbieten sind – oder ist es nur die andere Seite der gleichen Medaille?

Es wurde immer bizarrer

Kaum 24 Stunden nach der Chaoten-Nacht in Stuttgart wurde bereits in den linken Medien an »Narrativen« gebastelt. Auslöser sei die Polizei – Punktum, dies ist alternativlos, basta!

Ein 17-jähriger Deutscher, »hellhäutig«, wie die Polizei explizit betont, wurde auf Drogen kontrolliert und schwups! eskalierte die Gewalt.

Da es zur Party-Grundausrüstung eines jeden jungen, aufrechten, demokratischen Antirassisten gehört, waren auch umgehend Sturmhauben und Schutzmasken zur Hand – Steine und andere Wurfgeschosse lagen wie bestellt am Wegesrand.

So kam eins zum anderen. Polizeiwagen standen im Weg, wurden daher entglast und zerdeppert, Schaufensterscheiben luden nicht nur zum Schauen, sondern auch zum Eintreten ein und einigen Polizisten mußte handgreiflich klar gemacht werden, daß man doch durch Rot/Grün einen Freibrief habe und sie sich gefälligst rauszuhalten hätten.

Als strammer Antikapitalist mußte man auch die Auslagen in den Schaufenstern und in den Regalen konfiszieren, damit Gleichheit unter den Menschen herrsche.

Politische Motive konnte die Polizei nicht ausmachen – auch die Politiker rätseln bis heute!

Ausgerechnet der grüne Oberbürgermeister von Stuttgart, *Fritz Kuhn*, wunderte sich: »Ich bin schockiert von dem Ausbruch an Gewalt, von den Angriffen auf die Polizei und den Zerstörungen in unserer Stadt ... Das ist ein trauriger Sonntag für Stuttgart. Wir analysieren das Geschehen sorgfältig. Eines muß klar sein: Es darf keine rechtsfreien Räume in Stuttgart geben.«

Dann analysiert mal schön weiter, oder könnte es sich um die sogenannte »Migrantifa« handeln!? – nur mal so' ne Idee.

Auch der unvermeidliche *Cem Özdemir* kommentierte: »Bin erschüttert über die schlimmen Ereignisse in unserer Stadt Stuttgart. Egal, aus welcher Richtung diese idiotische Zerstörungsgewalt kommt, es gibt dafür keine Rechtfertigung! Die Täter müssen gefaßt werden. Danke an alle Einsatzkräfte & den Verletzten gute Besserung!«

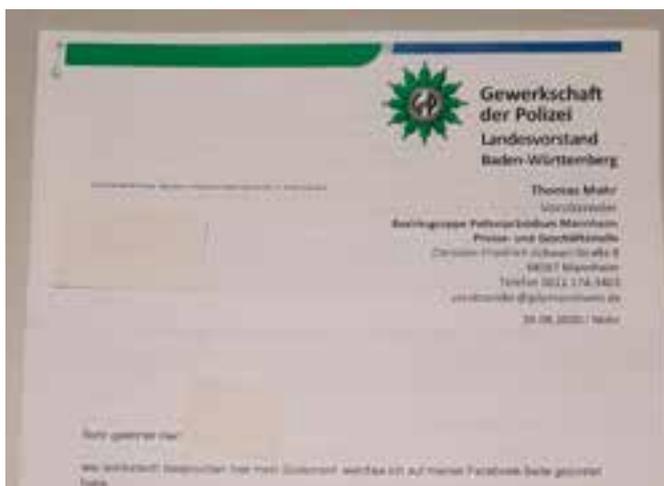
Ja, *Cem*, jetzt beginnt das große Rätselraten, aus welcher Ecke die Gewalt wohl kommt?

Wenn wir auch die einzelnen Gewalt-Chaoten nicht benennen können, ihre geistigen Väter – und natürlich auch Mütter – sind sehr wohl aus Politik und »Funk und Fernsehen« bekannt.

»DA KOMMT NOCH WAS AUF UNS ZU!«

Ein Polizeivertreter spricht Klartext:

Thomas Mohr, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, kritisiert in einem Brief an einen UN-Leser scharf die Verharmlosung der »Schreckensnacht« von Stuttgart als »Event der Partyszene«, wie sie von Politikern und Systemmedien bezeichnet wurde:



»Nach den Ereignissen am Wochenende in Stuttgart, 19 meiner Kollegen verletzt, 12 Polizeifahrzeuge zerstört, 30 Geschäfte verwüstet und acht geplündert, ist die Anteilnahme aus der Politik wieder groß. Zwischenzeitlich hatte ich Kontakt mit Kollegen, die in der Nacht in Stuttgart eingesetzt waren. Ich möchte Ihnen teilweise hier deren Frustration und Eindrücke wiedergeben.

Wer hier die Randalierer einer "Event- und Party-Szene" zuordnet, verharmlost das Grundproblem. Nach Schilderungen der Einsatzkräfte vor Ort handelte es sich um überwiegend migrantische Jugendliche, Heranwachsende, aber auch Erwachsene in größerer Zahl, die sich grundsätzlich an keine Verhaltensregeln halten. "Das sind weitgehend testosterongeladene junge Männer, die in der Gruppendynamik schnell eskalieren!"

Der Organisationsgrad, oft durch die sozialen Plattformen emotional transportiert, ist bei dieser Gruppe hoch.

Das Provokationsverhalten und die ausgeprägte Eskalationsneigung dieser Personengruppen war auch Auslöser bei der vorausgegangenen Personenkontrolle durch die Polizei. Das Ganze dann als Foto und Video online zu stellen, bringt Anerken-

nung und "Klicks" in der Szene, die man im wahren Leben nicht erfährt.

Durch das menschenverachtende Verhalten haben die Randalierer auch gezeigt, was sie von unserer Gesellschaft, dem geordneten und sicheren Miteinander, halten.

In Stuttgart wurde nicht nur die Polizei angegriffen, sondern auch die Rahmenbedingungen unserer Demokratie überschritten und die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten.

Die Politik fordert Rückhalt für die Polizei! Das ist dann andernorts die gleiche Politik, die bewußt und gewollt "ihre Polizei" durch ein Antidiskriminierungsgesetz, wie in Berlin, oder durch Aussagen der Polizei generell Rassismus unterstellt, sie am liebsten auf die "Müllhalde" zu entsorgen, wie es medial publiziert wurde. Das motiviert und befeuert solche Ereignisse nicht nur in Stuttgart.

Ich wünsche mir, daß sich die Bevölkerung auch optisch hinter ihre Polizei stellt und man nicht einfach zur Tagesordnung übergeht. Die Polizei erfährt jährlich, nach Umfragen, einen hohen Stellenwert innerhalb der Bevölkerung. Darum darf sie jetzt nicht den Eindruck haben, daß ihr rechtsstaatliches Handeln generell immer in Frage gestellt wird.

Wir brauchen von der Politik keine Lippenbekenntnisse, sondern es müssen endlich Taten folgen.

Die Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht alleine lösen. Seit Jahren stelle ich fest, daß uns, der Gesellschaft, womöglich viele junge Männer, die in Deutschland geboren sind und einen Migrationshintergrund

haben, die überwiegend in einer "virtuellen Parallelwelt" (sozialen Netzwerken) leben, entgleiten. Die kein Benehmen haben, keinen Respekt gegenüber ihren Mitmenschen haben, staatliche Institutionen verhöhnen und lächerlich machen, fremdes Eigentum mutwillig zerstören und explosiv in der Gruppe gewaltbereit sind.

Die Coronakrise und den Konsum von Alkohol kausal dafür mitverantwortlich zu machen, ist meiner Meinung nach zur kurz gesprungen. Die Ursache liegt in den von mir dargestellten Verhaltensweisen.

Ich kenne aber auch die Meinung von vielen Menschen mit Migrationshintergrund aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis.

Die lehnen durchweg ein solches Verhalten ab und ärgern sich über die "Rufschädigung", die sie dadurch wahrnehmen.

Ich bin gespannt, wie man nun an das grundsätzliche Problem herangehen wird. In Mannheim hatten wir ein ähnliches Problem, das man konsequent und wirkungsvoll angegangen ist. Hier hat man sofort eine Ermittlungsgruppe gegründet, die erfolgreich Ermittlungen gegen alle Straftäter und Randalierer geführt hat und mit gezielter Überwachung im öffentlichen Raum präsent war.«

»ÜBERWIEGEND MIGRANTISCHE JUGENDLICHE«

Kulturbolschewisten auf dem Vormarsch

Es geht um eine Menge Geld! Etwa 450 Millionen Euro geben Bund und Länder jährlich für die Filmförderung aus. Um an diesen Geldtopf zu kommen, ist es in Zukunft noch weniger wichtig einen guten und erfolgreichen Film zu drehen, nein, man muß vor allem »divers« sein.

Wundern Sie sich also bitte nicht, wenn Sie in Zukunft in deutschen Filmen gehäuft Schwarze, »People of Color«, Lesben, Schwule, Quere, Behinderte und Durchgeknallte sehen werden – muß auch nicht unbedingt handlungsrelevant sein, hat aber etwas mit dem Geldtopf zu tun.



Filmförderung Hamburg
Schleswig-Holstein

Diversity Checklist

Development Spielfilm

Anlage zum Förderantrag

Vielfalt vor und hinter der Kamera

Im Sinne der Präambel unserer Förderrichtlinie steht die FFHSH für die Abbildung einer vielfältigen, multikulturellen und inklusiven Gesellschaft ohne Diskriminierung auf Grund von Alter, Aussehen, Behinderung, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität oder sozioökonomischem Status.

Die Filmbranche hat die Verantwortung und auch die Chance, diese diverse Gesellschaft, die in unserer Alltagsumgebung gegenwärtig ist, auch im Film zu repräsentieren – ohne in Klischees zu verfallen oder unbewusste Vorurteile zu bestätigen.

Die FFHSH nimmt diese Verantwortung an. Mit einer vielfältigen Besetzung unserer Fördergremien wollen wir auch unsere Fördernehmer*innen stärker für das Thema Diversität sensibilisieren. Wir denken, dass die Filmbranche Vorbild sein kann, um Vorurteile gegenüber marginalisierten Gruppen in unserer Gesellschaft abzubauen und ein selbstverständliches Miteinander zu befördern.

Wenn Sie als Drehbuchautor, Regisseur oder Produzent in Hamburg oder Schleswig-Holstein an Gelder der Filmförderung kommen wollen, müssen Sie im Vorfeld eine »Diversity Checklist« ausfüllen. Erst wenn Sie nachweisen können, daß Sie der multikulturellen Gesellschaft Vorschub leisten, fließt die Kohle.

Aber lassen wir einmal die Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein (FFHSH) selbst zu Wort kommen:

»Mehr Diversität im Film

Gute und erfolgreiche Filme kommen ohne Klischees und stereotype Rollenbilder aus. Doch wir wissen aus etlichen Studien, daß es vor und hinter der Kamera noch viel zu tun gibt, bis alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Haut-

farbe, Orientierung und anderen Merkmalen die gleichen Chancen bekommen, sich auszudrücken oder mit den eigenen Erfahrungen im Film repräsentiert zu werden.

Die Filmbranche hat die Verantwortung und auch Chance, unsere Alltagsumgebung und die vielfältige Gesellschaft in ihrer Diversität abzubilden, ohne in Klischees zu verfallen oder unbewusste Vorurteile zu bestätigen.

Der Filmnorden soll bunter werden

Die FFHSH nimmt sich dieser Verantwortung an: Neben einer diversen Besetzung unserer Fördergremien, wollen wir auch unsere Fördernehmer*innen stärker für das Thema Diversität sensibilisieren. Vor einigen Jahren haben wir mit dem "Grünen Drehpaß" das Thema "ökologische Nachhaltigkeit" auf die Agenda

unserer Branche gesetzt. Auf gleiche Weise fragen wir nun, ob die Filmbranche Vorbild sein kann, um Vorurteile gegenüber marginalisierten Gruppen in unserer Gesellschaft abzubauen und ein selbstverständliches Miteinander zu befördern – ohne dabei die künstlerische Freiheit oder arbeitsrechtliche Fragen zu berühren.«

Und dann wird Klartext gesprochen:

»Ab sofort sind Antragsteller*innen dazu verpflichtet, einen Fragenkatalog zur Diversität ihres geplanten Projektes zu beantworten. So sollen sie zur bewußten Beschäftigung mit dem Thema Diversität und zur kritischen Überprüfung des eigenen Handelns angeregt werden. Sehen wir im geplanten Filmprojekt Menschen mit Behinderung? Wie viele Frauen sind in leitenden Funktionen am Projekt beteiligt? Gibt es im Team People of Colour? Und wenn nein: Warum nicht? Wir wissen, daß diese Checklist nur ein Anfang sein kann. Daher bleiben wir weiterhin im Austausch mit der Branche, um die Liste fortlaufend anzupassen und weitere Maßnahmen zu entwickeln.«

Natürlich dient dieser Fragebogen nicht der Kontrolle oder Zensur, die finden in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik ja nicht statt. Die Filmförderung mit Steuergeldern dient lediglich der volkspädagogischen Erziehung im Sinne der politischen Korrektheit.

Wer sich dem Zeitgeist nicht beugt, bekommt kein Geld. So einfach geht das!

»EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT.« (ART. 5 GG)

Kurzmeldungen aus Absurdistan



Foto: Gerd Fahrnerhorst / CC BY-SA 3.0

Kirche in falschem Fahrwasser?

Ende 2019 gründete die evangelische Kirche (EKD) ein »Bündnis zur Seenotrettung« und beschloß, ein eigenes »Rettungs«-Schiff ins Mittelmeer zu entsenden und damit Flüchtlinge nach Europa zu schleusen.

Mit Unterstützung von ProAsyl, Campact, diversen Flüchtlingsräten und weiteren Unterstützern (eine Liste findet sich im Internet) wurde um Spenden gebettelt.

Bei einer Versteigerung erhielt das Bündnis am 30.1.2020 für 1.300.005,99 Euro (netto) den Zuschlag für das ehemalige Forschungsschiff »Poseidon«, welches anschließend in Spanien umgebaut wurde.

Wegen des Corona-Ausbruchs verzögerte sich bislang der bereits für April geplante Beginn der »Seenot-Rettung«.

Die Flucht aus den christlichen Kirchen

Jetzt liegen die Zahlen der Kirchengaustritte für 2019 vor: 272.221 waren es bei der katholischen und rund 270.000 bei der evangelischen Kirche.

Möge der ein oder andere den Rückgang christlicher Werte bedauern – was nicht ursächlich mit einer Mitgliedschaft in einer der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland gekoppelt

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!**

sein muß. Man kann allen »Ausgetretenen« nur zu ihrem gesunden Menschenverstand gratulieren.

Kirchen, deren Oberhäupter ihre seelsorgerische Aufgabe schwerpunktmäßig darin sehen, große Teile der Bevölkerung - es geht ja weit über die Wählerschaft der AfD hinaus - zu diffamieren und zu diskreditieren und gleichzeitig einer Überfremdung Deutschlands Vorschub zu leisten, haben ihren Auftrag verfehlt und sind überflüssig geworden.

»Martin Luther wäre entsetzt über eine Kirche, die sich des Evangeliums schämt. Sie eiert herum. Sie verkündet Klima statt Gnade, Bunt statt Bibel und Unverbindlichkeit statt Mission. Luther schrieb: "Denn der eigentliche Gegenstand der Theologie ist der der Sünde schuldige Mensch und der rechtfertigende Gott und Heiland dieses Sünders. Was außer diesem Gegenstand in der Theologie gesucht und verhandelt wird, ist Irrtum und Gift."

Nach dieser Bewertung ist die heutige EKD-Kirche eine Giftküche. Warum sollte man in einer solchen Kirche bleiben?«

»Der schmale Weg«, Ausgabe 3/2020 (Christlicher Gemeinde-Dienst)

Ein Untoter meldet sich zu Wort

Christian Wulff, der mit einem sechsstelligen »Ehrensold« bedachte Bundespräsident a.D., der meinte, der Islam gehöre zu Deutschland, meldet sich in der »Rassismus«-Debatte zu Wort.

In einem Interview mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung* beklagt er »gravierenden Rassismus« in Deutschland:

»Deutschland eiert da immer noch rum [...] daß sich Deutsch-

land ehrlich machen und einsehen muß, welche gravierenden Defizite weiterhin bestehen und wie Menschen in unserer Gesellschaft immer noch ausgegrenzt werden«. Er wünsche sich, *»daß jede und jeder Einzelne überall immer wieder verdeutlicht, daß es nicht nur normal, sondern ein echter Gewinn ist, daß in unserem Land Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Orientierung gut auf dem Boden unseres Grundgesetzes zusammenleben«.*

Und was nicht fehlen darf: *»Vielfalt ist manchmal sicher nicht einfach, aber das Gegenteil ist Einfachheit. Und wer will schon einfältig sein?«*

Auf einen Kommentar zu dieser Steilvorlage müssen wir leider verzichten, da auch ein Ex-Bundespräsident einen besonderen »Beleidigungsschutz« genießt.



Sozialdemokratische Großzügigkeit

Saskia Esken, der Sonnenschein der SPD, erhält aus der Parteilasse jeden Monat 9.000 Euro für ihren Dienst an der Sozialdemokratie. Kein Cent davon ist vergütet, da ihre Sterbehilfe für diesen desaströsen Haufen mit Geld gar nicht aufzuwiegen ist.

Zu den 9.000 Euro kommen noch die rund 10.000 Euro Diäten aus dem Bundestagsmandat plus über 4.000 Euro steuerfreie Kostenpauschale – ergibt satte 23.000 Euro pro Monat.

Wenn in Zukunft die Reichen von den Linken erschossen werden und die SPD den Rest enteignet reicht es wenigstens noch für eine eigene schmucke Jacht in der Karibik.

Ministerpräsident flippt völlig aus

Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen und von Merks Gnadens (vgl. UN 3/2020), zeigte im Parlament sein wahres Gesicht.

Bei einer Debatte am 17.7.2020 über den Umgang mit »NSU«-Akten und über den Verfassungsschutz erinnerte der AfD-Landesvorsitzende Stefan Möller daran, daß auch Ramelow in der Vergangenheit vom Verfassungsschutz beobachtet worden war.

Dabei richtete er sich direkt an den Ministerpräsidenten mit den Worten: »Wer da schon alles Tolles beobachtet wurde, nicht wahr, Herr Ramelow?«

Daraufhin flippte Ramelow komplett aus, zeigte Möller den Mittelfinger und beschimpfte ihn als »widerlichen Drecksack«.

In einem anschließenden mdr-Interview bekräftigte er seine »widerliche« Aussage: »Es gehört sich nicht, im Parlament so was zu sagen, was ich gesagt habe aber ich wiederhole es, Herr Mül-



Stefan Möller / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

ler ist mit dem, was er gerade im Parlament gemacht hat, aus meiner Sicht ein widerlicher Drecksack.«

Daß die SED ihre Blockparteien in Thüringen noch immer im Griff hat, zeigt sich in der »Empörung« der »bürgerlichen« Parteien, die wie gewohnt wachweich ausfiel.

So ermutigt, legte Ramelow nach. In altbewährter SED-Manner spielte er sich als Retter der Demokratie auf: Er werde seine »antifaschistische Grundhaltung niemals von der AfD instrumentalisiert lassen«.

Beifall bekam er von seiner »blumenwerfenden« Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow. Sie sah in der Beleidigung die »einzig anständige Reaktion auf einen Unanständigen«.

Fazit: Alles halb so schlimm, es wurde

ja nur ein AfD-Abgeordneter beleidigt.

Man stelle sich das Ganze mit umgekehrtem Vorzeichen vor:

Ein Sturm der Entrüstung würde durch sämtliche Systemmedien rasen, bundesweite Lichterketten gegen den »Faschismus« würden organisiert und die Forderung nach einem Verbot der AfD wäre das Mindeste. Alles würde natürlich vollkommen demokratisch ablaufen, Drohbriefe mit Gewaltandrohungen zu verschicken, das machen schließlich nur »böse Nazis«.

Liebe Leser, ganz privat:

Wohin driften unser Land und unser Volk?

Wenn Sie diese UN-Ausgabe wie auch die bisherigen studiert und »inhaliert« haben, liebe Leser, sind wir uns wohl einig: Unser Land und Volk driften ins Chaos, in die Auflösung.

Der Volksaustausch nimmt Fahrt auf, in vielen Städten und Stadtteilen und an den meisten Grundschulen sind die Deutschen schon eine Minderheit, ohne daß die Politiker oder die Mächtigen, die die Politik bestimmen, gegensteuern. Es fällt schwer, dahinter nicht einen Plan der Strippenzieher der »Neuen Weltordnung« zu vermuten.



Die schlimmsten Feinde unseres Volkes aber sind mitten unter uns: Deutsche, die einen unbändigen Haß auf dieses Volk haben und diesen Haß öffentlich ausleben, wie es das Plakat zeigt, mit dem die GRÜNE JUGEND JENA öffentlich und straflos für den Volkstod wirbt.

Es genügt nicht, wenn nur

Sie die UN lesen, liebe Leser! Geben Sie die UN an Ihre Mitmenschen weiter oder bestellen Sie weitere Exemplare nach! Rütteln Sie Ihre Mitmenschen auf, endlich wach zu werden!

Ihre UN-Mitarbeiter

Bill Gates, DER SPIEGEL und DIE ZEIT



Geld stinkt nicht, aber macht fügsam

Was treibt einen US-Milliardär dazu, bundesdeutsche »Leitmedien« zu unterstützen?

Zuerst kursierten die Meldungen, daß bundesdeutsche Medien von der »Bill & Melinda Gates Stiftung« finanziert würden, nur in »politisch unkorrekten« Zeitschriften, auf Netzseiten und in »Haßpostings« sogenannter »Verschwörungstheoretiker«, galten also amtlich als »unglaubwürdig«.

Erst nachdem die Stiftung ihre Liste der vergebenen Zuschüsse veröffentlicht hatte, in der u.a. *DIE ZEIT* und *DER SPIEGEL* als Empfänger großzügiger Fördergelder ausgewiesen wurden, sah sich *DER SPIEGEL* gezwungen, »Fragen und Antworten zur Förderung durch die Gates-Stiftung« zu veröffentlichen.

Für das auf drei Jahre angelegte Projekt »Globale Ge-

sellschaft« erhält *DER SPIEGEL* seit dem Jahr 2019 jährlich 760.000 Euro, also insgesamt 2,3 Millionen Euro.

Aber auch schon vorher floß Geld: Für das Projekt »Expedition Übermorgen« (Laufzeit 2016 bis 2018, Förderung 250.000 Euro) und für das Flüchtlingsprojekt »The New Arrivals«, das sich den Themen Flucht und Migration widmete (Laufzeit 2017 bis 2018), gab es 175.000 Euro.

Wortreich versichert *DER SPIEGEL*, all das hätte keinerlei Einfluß auf den redaktionellen Inhalt seiner Artikel, man sei völlig frei und unabhängig in der Berichterstattung und der Meinungsbildung.

Das gilt natürlich auch für die Wochenzeitung *DIE ZEIT*, die im Dezember 2019 300.000 Dollar erhielt – einfach so, ohne eigennützige Motive des Herrn Gates.

Wer's glaubt, wird selig!

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

Formel 1: Kniefall vor dem Zeitgeist

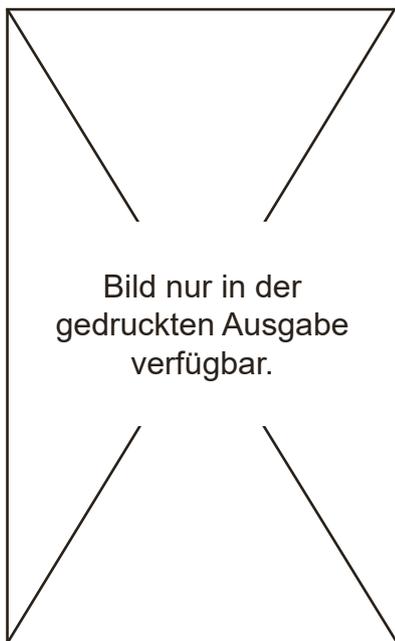


Bild nur in der gedruckten Ausgabe verfügbar.

Ab sofort wird nicht mehr Vollgas gegeben, sondern auf den Knien gerutscht.

Auf die Knie!

Vor dem Start zum ersten Formel-1-Rennen in dieser Saison am 5.7.2020 in Österreich hatte Lewis Hamilton seine Mitfahrer moralisch unter Druck gesetzt und von ihnen den »antirassistischen Kniefall« abverlangt.

Auch die Fahrgewerkschaft GPDA war davon ausgegangen, daß alle 20 Teilnehmer des Rennens in Österreich sich dieser entwürdigenden Prozedur unterziehen würden.

Falsch gedacht – sechs Fahrer zeigten Rückgrat und beugten

zum Beginn des Rennens nicht ihre Knie in Erinnerung an einen in den USA durch polizeiliche Maßnahmen ums Leben gekommenen drogenabhängigen Kriminellen.

Silberpfeile sind jetzt schwarz lackiert

Alle Welt kennt die legendären Mercedes-Silberpfeile, die seit Jahrzehnten »silbern« sind. Nun wurden sie im Sinne der »Black-Lives-Matter«-Kampagne umlackiert – jetzt sind die Silberpfeile schwarz.

Wenn man denkt, irrer geht's nicht mehr, wird man eines Besseren belehrt.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen.
Für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,55 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!
Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.
Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/